



Zeit  
für  
Bildung  
Seite 5



Gentechnik  
so sicher  
wie „ASSE“?  
Seite 6



Stadt  
für  
Kreuzritter?  
Seite 8



Integrati-  
on durch  
Mitmachen  
Seite 8



Ehrung  
Hermann  
Bode  
Seite 8

# UNSER-BRAUNSCHWEIG

Die Zeitung der Bürgerinitiativen | **B·I·BS**

Nr. 2 | 1. Jahrgang | 95 000 Exemplare | [www.unser-braunschweig.de](http://www.unser-braunschweig.de) | Samstag, 8. August 2009

**Lesen Sie, worüber  
andere Zeitungen  
nicht berichten...**



## Hilferuf an VW: Braunschweig braucht seine Bäume

### NABU- Spenden- aufruf

Damit wir unsere Klage weiterführen können und der Querumer Wald uns auf Dauer erhalten bleibt, bitten wir daher alle, die bereit sind, unsere gute Sache zu unterstützen, jetzt dringend um Spenden auf unser Sonderkonto! Sonderspendenkonto für den Erhalt des Querumer Waldes: NABU, Braunschweig Nord LB, BLZ 250 500 00, Kto.-Nr. 150 501 369

### Inhalt

<b>Rauchende Schlote statt erneuerbarer Energie?</b>	Seite 2
<b>Sind wir „Otto“?</b>	Seite 2
<b>Freibad Waggum</b>	Seite 2
<b>Startbahn für Stubenhocker Gerichtsverhandlung eine Farce?</b>	Seite 3
<b>Müllennium/Millennium Altdeponie oder Altablagerung?</b>	Seite 3
<b>Nationalpark Harz</b>	Seite 3
<b>Stadt plündert Nibelungen</b>	Seite 4
<b>„Privat vor Staat“ hat ausgedient</b>	Seite 4
<b>VW in der Region gut aufgestellt?</b>	Seite 5
<b>Atom- und Genregion Braunschweig</b>	Seite 6
<b>Internet-Zensur Freiheitsrechte in Gefahr</b>	Seite 7
<b>Genlobbyismus durch Braunschweiger Stiftung?</b>	Seite 7
<b>Feuilleton</b>	Seite 8

## Petition an die VW AG und an das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR)



Zur Unterzeichnung gehts über [www.nabu-braunschweig.de](http://www.nabu-braunschweig.de)

### In Braunschweig droht die geplante Vernichtung von 60.000 größtenteils sehr alten Bäumen.

Für die nicht einmal zwingend erforderliche Verlängerung der Startbahn des Flughafens soll im Querumer Forst eine riesige Schneise in das ausgewiesene europäische Schutzgebiet geschlagen werden. Für den größten Teil des Flugverkehrs ist die bestehende Startbahn jedoch ausreichend und für die wenigen Ausnahmen könnten die nahe gelegenen Flugplätze Hannover oder Magdeburg genutzt werden. Für die Durchführung von nur etwa fünf Testflügen unter

Volllast pro Jahr (DLR) könnten unsere Nachbarstädte ebenfalls angefliegen werden. Wir appellieren daher an VW und das DLR als Nutzer dieses Flughafens: Bitte tragen Sie Ihren Teil bei zu einem Interessen-Ausgleich zwischen Bevölkerung, Natur und Klima einerseits und gewerblichen Vorteilen andererseits.

Denn wer als Automobilhersteller (VW) mit einer Wolfs-Patenschaft oder aktuell sogar mit einer Werbekampagne „Ich bin gern im Grünen – und das will ich auch morgen noch sagen können!“ glaubwürdig den Eindruck vermitteln will, sich für den

Schutz unserer Natur einzusetzen, kann nicht wegen vergleichsweise geringfügiger Unannehmlichkeiten für seine Manager ein ganzes Waldstück mit zehntausenden Bäumen abholzen lassen.

Die Menschen in der Region Braunschweig brauchen ihre Bäume für Luftreinhaltung, Klimaschutz und Naherholung. Und auch der Schutz unserer Natur ist für uns alle wichtig. Wir sind doch alle gern im Grünen. Es sollte nicht so viel zerstört werden für den Profit so weniger. Bitte verzichten Sie deshalb für Ihren Verantwortungsbereich auf diese Verlängerung!

## Positive Resonanz auf diese Zeitung

In der ersten Ausgabe dieser Zeitung hatten wir aufgerufen, für die nächste Ausgabe einen Euro zu spenden. Das hat gut funktioniert: rund 160 Einzelspenden gingen ein. ... mit Beträgen zwischen 1 Euro und 150 Euro auf das Spendenkonto oder direkt am Informationsstand samstags auf dem Kohlmarkt oder vor Graff vorbeigebracht. So könnte es auch für die nächste Ausgabe weitergehen: mit einem

Euro sichern Sie die nächste Herausgabe der Zeitung, und das ganz ohne Werbung. Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger wollen so eine Zeitung. So gelangen sie an die Informationen, die sonst verschwiegen würden. **Treten Sie ein in einen Dialog mit uns!** Sie erreichen uns als BIBS-Fraktion im Rathaus. Tel. 4 70 21 80 und samstags am Infostand in der Innenstadt.

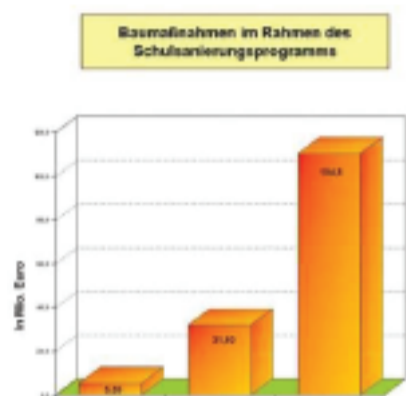


**Mit einem Euro  
die nächste Ausgabe sichern.**  
Spendenkonto: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)  
Kto. Nr. 151 322 195 bei der Braunschweiger Landes-  
sparkasse (BLZ 250 500 00), Stichwort „Spende“.  
Jede Spende ist als „Parteispende“ steuerlich absetzbar!

# Haben Sozialdemokraten wirklich fast nichts für Schulen übrig?

Zum wiederholten Male gab die Pressestelle im Rathaus eine für Oberbürgermeister Hoffmann höchst schmeichelhafte Darstellung der Schulinvestitionen heraus – und die Braunschweiger Zeitung druckte sie unkritisch ab.

Es soll der Eindruck verfestigt werden, Hoffmann sei trotz widriger Umstände der Finanzkünstler, der – folgte man



Für Hoffmann schmeichelhaftes Schaubild

dem veröffentlichten Schaubild – 20-mal mehr für die Schulen übrig hat als vor ihm die SPD in den achtziger und neunziger Jahren.

## Rauchende Schlote statt regenerativer Energie?

Das Interesse an erneuerbaren Energien in der Bevölkerung ist groß, im Rathaus eher gering.

In einem Sachstandsbericht gab die Stadtverwaltung das Ergebnis zweijähriger städtischer Bemühungen zur Beförderung von Solar-Anlagen auf Braunschweiger Dächern bekannt: „Aus zahlreichen untersuchten Liegenschaften wurden 7 Gebäude als geeignet eingestuft. Trotz allem ist es bis dato gelungen, zwei Photovoltaik-Anlagen fertig zu stellen und in Betrieb zu nehmen.“

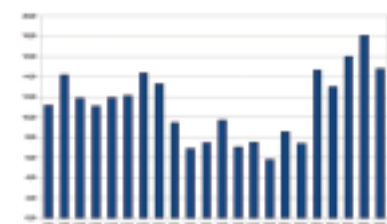
**Ist in Braunschweig, der „Stadt der Forschung“, wirklich nicht mehr drin?**

Warum steht die Stadt, die sonst gern Spitzenplätze per bundesweiter Image-Anzeigen für sich beansprucht, in Sachen Umwelt und erneuerbarer Energien ganz weit hinten?



Rund 150 Interessierte nahmen das Informations-Angebot der Bürgerinitiativen in der Stadthalle am 22. April 2009 an.

Wirft man aber selbst einen Blick auf die Haushaltspläne und die Zahlen für Schulinvestitionen der letzten 25 Jahre und bereinigt die Zahlen zur Vergleichbarkeit um die Inflation, sieht das Ergebnis aber ganz anders aus:



Die wirklichen Zahlen

Wie man gut erkennen kann, waren die Investitionen in den späten 80er-Jahren in etwa schon auf heutigem Niveau.

Allerdings gilt zu berücksichtigen, dass der Zustand der Schulgebäude auch gewissen Zyklen des Verfalls unterworfen ist.

Schulen, die in den 70er-Jahren gebaut wurden, müssen natürlich erst mit ein paar Jahrzehnten Verzögerung saniert werden. Hierfür ist eine realistische Bewertung kaum möglich. Daher ist die tatsächliche Ausgabenhöhe nur ein Teil der ganzheitlichen Betrachtung.

### Wie funktioniert die Manipulation der Stadtverwaltung?

Der Begriff der „Sanierungsinvestitionen“ fehlt im Haushalt, es gibt nur die „Schulinvestitionen“.

Diese unterscheiden aber nicht zwischen Neuerrichtung, neuer Ausstattung oder Sanierung wie zum Beispiel eines Dachs oder neuen Fenstern.

Die jetzige Verwaltung rechnet nur wenige der Investitionen unter SPD-Führung der „Sanierung“ zu, während eigene Investitionen fast komplett als solche bezeichnet werden.

Zusätzlich wird der Eindruck erweckt, als wenn die Mittel von privaten Partnern (ca. 70 Mio. €) gleichfalls

städtisches Geld seien, was natürlich nicht stimmt.

Schließlich lenkt die Verwaltung darüber von den immensen Kostensteigerungen ab, die die Beraterfirma KPMG nun für einige Schulen ausgerechnet hat.

Auffälligerweise wird immer dann die manipulierte Grafik hervorgeholt, wenn der Stern Hoffmanns als Finanzgenie zu verblasen droht oder kurz vor einer anstehenden Wahl, wie aktuell mit Postwurfsendungen aus dem Rathaus an alle Haushalte.

Die Öffentlichkeit wird – auch mit Hilfe der BZ – „eingelullt“ und der Oberbürgermeister als großer Förderer der Bildung dargestellt.

### Flächendeckende Post

Eine Initiative: für flächendeckende Post – gegen Zerstörung kommunaler Infrastruktur sammelte bereits in und vor allem in Orten um Braunschweig herum Unterschriften. Zur Bundestagswahl sollen Politiker vor allem von CDU und SPD zur Umkehr animiert werden: nicht der Gewinn der privatisierten Post, sondern die Versorgung der Bürger mit Postdienstleistungen habe Vorrang. Infos und Unterschriftenblatt [www.unser-braunschweig.de](http://www.unser-braunschweig.de)

### Letzte Meldung:

**Braunschweiger Schriftsteller fordert den Rücktritt Hoffmanns.**  
Der Schriftsteller „Lord Schadt“ ist Auslöser der aktuellen Flash-Mob-Debatte. Das angekündigte Verbot des Flash-Mobs auf dem Schlossplatz am 8. 8. 2009 seitens der Stadtverwaltung führte zu bundesweitem Kopfschütteln in unzähligen Medien. In einem Brief wendet sich Lord Schadt nun direkt an den Oberbürgermeister und macht ihn und seine Amtsführung direkt für das zweifelhafte Image der Stadt in zehn Punkten verantwortlich. Der Brief mündet in der Forderung an Hoffmann „die Konsequenzen“ aus seinen Fehlern zu ziehen: „Treten Sie zurück!“  
Der ganze Brief ist veröffentlicht unter [www.unser-braunschweig.de](http://www.unser-braunschweig.de) im Internet.

## Sind wir Otto?

„Wir sind Otto IV“ – sollen wir BraunschweigerInnen das jetzt sagen können, wie damals, als uns nahegelegt wurde „Wir sind Papst“? Die touristisch-gezielten Mittelalter-Events in Braunschweig seit Mai 2009 beschwören in dieser Stimmung ein undifferenziertes Jubel-Trubel-Mittelalter; dabei hätten wir gerade in Braunschweig allen Grund, einen genaueren Blick auf den bürgerlich-demokratischen Teil unserer Stadtgeschichte bis 1671 zu werfen:

Seit dem 9. Jahrhundert wurde in der Gegend um den Kohlmarkt ein Handelsplatz mit Kaufmannssiedlung nachgewiesen, seit dem 14. Jahrhundert gab es freie öffentliche Märkte mit Marktgebühren. Siedlungsmäßige Erschließung und genossenschaftliche Marktverwaltung sowie Handwerker-zusammenschlüsse zu Gilden und

Zünften gab es seit dem 12. Jahrhundert. Parallel dazu entstanden die 5 Teilstädte Altstadt mit St. Martini, Hagen mit St. Katharinen, Altwiek mit St. Magni, Neustadt mit St. Andreas und zuletzt der Stadtteil Sack.

Seit dem frühen 13. Jahrhundert bildete sich in der Altstadt ein Stadtrat; um das Recht zur Teilhabe an ihm spielten sich gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen den Patrizierfamilien und den handwerklichen Gildefamilien ab, die sogenannten „Schichten“.

Bekannt waren auch die Braunschweiger Exporte während des Mittelalters: Honigkuchen, Goldschmiedearbeiten, Lederwaren, Artilleriewaffen, Messingverarbeitung, Eisenarbeiten. Wie denkt man außerhalb Braunschweigs von der „Otto“-Manie?

„Marionettenkaiser Otto, der Läppische“. Zitat aus taz-Artikel: „...Da

denkst du, Kaisergeburtstage werden nicht mehr gefeiert. Aber Braunschweig ist für eine reaktionäre Überraschung immer gut. Zwar weiß kein Mensch, wann genau Otto IV geboren wurde. Aber in puncto Devotionsbekundungen für Herrscher, Führer und Oberbürgermeister sind sie an der Oker immer schon findig gewesen: Tageszeitung TAZ vom 15. 7. 2009.

Wenn sich heutzutage im Jahre 2009 die BraunschweigerInnen lediglich an der welfischen Macht- und Prachtentfaltung erfreuen sollen, die in den Otto IV.-Broschüren angekündigt werden, dann wird nur allzuleicht die interessante und dramatische bürgerliche Geschichte der Stadt vergessen. Bei Interesse kann eine Stadtführung zu Braunschweigs bürgerlicher Vergangenheit angeboten werden.

Giesela Hartweg

## Bürger sollen um ihr Freibad gebracht werden

Das kleine, idyllisch gelegene und unbeheizte Freibad am Dorfrand von Waggum ist ein beliebter Treffpunkt. Jeden Sommer lädt es zu Badespaß und Geselligkeit im Schatten hoher Birken ein. Doch die Bürgerinnen und Bürger sollen ihr Freibad verlieren

Der Rat der Stadt Braunschweig beschloss 2007 die „Große Lösung“: Ein modernes „Spaßbad“ sollte her, mit gleichzeitiger Schließung bestehender Bäder. Dabei will bei den meisten Braunschweiger Bürgerinnen und Bürgern allerdings kaum Spaß aufkommen: 30.000 Unterschriften gegen diese Lösung wurden einfach nicht zur Kenntnis genommen.

Der Sportdezernent der Stadt Braunschweig, Laczny, meinte zum kontrovers diskutierten Konzept für die Braunschweiger Schwimmbäder: „Schon jetzt ist durch das Bürgerbegehren viel Zeit verloren gegangen. Das hat die Preise bereits um zehn Prozent in die Höhe getrieben“. Nennt man das seriöse Kostenrechnung im Rathaus? Oder sollte hier nur Stimmung gegen das demokratische Instrument „Bürgerbegehren“ gemacht werden? Waggumer Bürgerinnen und Bürger sowie Badegäste aus dem Umland erinnern sich, wie sie von der Stadt regelrecht an der Nase herumgeführt wurden. Noch 2006 lobte Jürgen Scharna (SPD), Geschäftsführer der Stadtbad GmbH, den Gemeinschaftssinn in Waggum, sich für die Existenz des kleinen, aber feinen Bades

einzusetzen. Bezirksbürgermeister Kliesch (CDU) machte den Betroffenen Hoffnung, als er den Defizitbetrag dieses Bades in Höhe von 30.000 Euro jährlich als „lächerlich gering“ bezeichnete.

Die Stadtbad GmbH teilte 2008 mit einer guten Portion Eigenlob mit, zur Zeit investierten zahlreiche Waggumer freiwillig viele Stunden ihrer Freizeit, um unter der Regie der Stadtbad GmbH das Freibad saisonfähig zu machen. Da war die Schließung des Bades aber schon längst beschlossen. Wäre es nicht ehrlicher gewesen, den Waggumern von einem längerfristigen Engagement für ihr Freibad abzuraten?

Im gleichen Jahr meinte OB Dr. Hoffmann dann zum möglichen Erhalt des Waggumer Freibads: „Aber wenn eine Bürgerinitiative auf uns zukommt, werden wir das prüfen. Es müsste sich ein Verein gründen, der uns seine Bäderkonzeption und den Nachweis der Nutzer vorlegt.“

Dabei dürfte Hoffmann entgangen sein, dass es bereits seit 2001 den Förderverein „Schwimmbad Waggum e.V.“ gibt, der sich nach Kräften für den Erhalt des Waggumer Freibads einsetzt. Kurz darauf gab Scharna (SPD) bekannt: „Das Freibad Waggum ist in die Jahre gekommen. Es ist fertig.“ Der SPD-Ortsverein für Dibbesdorf, Schapen und Volkmarode konterte: „Wahlversprechen glatt gebrochen.“ So heißt es im Leitbild der SPD für Braunschweig aus

dem Kommunalwahljahr 2006: „Die dezentrale Versorgung mit Schwimmbädern für Freizeit-, Breiten- und Leistungssport soll erhalten bleiben.“

Aber es geht noch scheinheiliger: Bis zum heutigen Tage wirbt die Stadtbad GmbH auf ihrer Internet-Seite: „In einer idyllischen Stadtrandlage ...befindet sich Braunschweigs einziges unbeheiztes Freibad Waggum. Sowohl Schwimmer wie auch Erholungssuchende fühlen sich in diesem familiären Bad pudelwohl.“

Im Rahmen einer Anhörung gemäß Niedersächsischer Gemeindeordnung wurde dann am 13. 2. 2007 beschlossen, das Waggumer Freibad von einer Schließung auszunehmen, in ein Naturbad umzubauen. Nichts geschah.

In einer Bürgersprechstunde in Waggum wurde darüber hinaus deutlich, dass im Gebietsänderungsvertrag von 1974 der ehemals selbständigen Gemeinde Waggum der Erhalt ihres Freibads zugesagt worden war.

OB Dr. Hoffmann meinte, er müsse den Vertrag prüfen lassen. Eine Rückmeldung gab es jedoch nicht.

Erst eine Einwohnerfrage im Rat der Stadt Braunschweig brachte Klarheit: Ja, es gibt eine derartige Klausel, die sei jedoch durch „konkludentes“ (einvernehmliches) Handeln aufgehoben worden.

Der damalige Vertragspartner, die Gemeinde Waggum, existierte bei dieser Aufhebung aber gar nicht mehr.

**Impressum**  
Herausg.: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)  
ViSDP: Werner Barnstorff, Pregelstr. 8,  
38120 Braunschweig  
Redaktion: Ingeborg Gerlach  
redakt. Überarbeitung: Torben Dietrich  
Druckerei: Druckhaus Schlaeger GmbH & Co. KG  
Woltorfer Straße 116-118, 31224 Peine

**Mehr Informationen finden Sie im Internet unter [bibs.kostenloses-forum.tk](http://bibs.kostenloses-forum.tk)**



# Eine Startbahn für Stubenhocker

Quelle: DLR

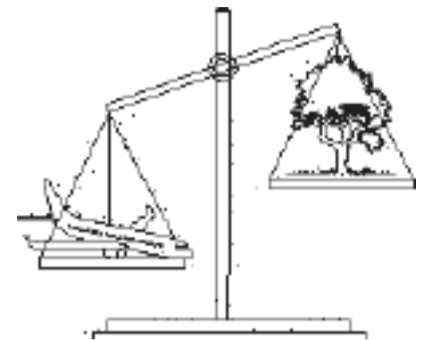
**Gerichtsverhandlung über Flughafenausbau eine Farce?**  
Es sah gut aus für die Natur, das Klima, die Menschen im Osten Braunschweigs: Eine Startbahnverlängerung ist nur mit finanzieller Unterstützung durch die EU möglich, hieß es. Bereits im Juli 2004 hatte diese aber auf Anfrage mitgeteilt, dass „die Europäische Kommission zentrale Flugha-

feninvestitionen (Landebahnen etc.) aus Mitteln der Strukturfonds nicht genehmigt.“  
Das sei der Landesregierung mitgeteilt worden. Seither dürfte sich die restriktive Haltung der EU und des Bundes gegenüber einem Ausbau von Regionalflughäfen eher noch verschärft haben. Um doch noch irgendwie die Hände

an den EU-Topf zu bekommen, ändern die Ausbaubefürworter ihre Strategie: Statt für Charter-, Linien- und Werksverkehr, wie ursprünglich geplant, sollte die Startbahnverlängerung nun ausschließlich für die Forschung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR) in Braunschweig benötigt werden. CDU, FDP und SPD steuerten das Tot-

schlagargument „Arbeitsplätze“ bei, obwohl kein einziger Arbeitsplatz in Sicht ist, der aufgrund einer Startbahnverlängerung zustande käme. Immer wieder aufkommende Planungen der defizitären Flughafen GmbH für weiteren Charterverkehr waren bisher stets an zu geringen Passagierzahlen und nicht an einer zu kurzen Startbahn gescheitert. Auch das DLR konnte nach Meinung vieler Beobachter keine nachvollziehbaren Gründe für eine Startbahnverlängerung vorlegen. Selbst der neue Airbus A320 des DLR taugt nicht für eine derartige Begründung, denn dieses Flugzeug startet und landet auch auf der vorhandenen Bahn. Flugversuche finden in Braunschweig schon seit Jahrzehnten statt, nun sollen dafür zehntausende zum Teil über 200 Jahre alte Bäume fallen. Für das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht schien jedoch das Thema „Forschung“ der rettende Anker gewesen zu sein, um die Startbahnverlängerung doch noch zu genehmigen. So meint beispielsweise „Der Spiegel“ (25/2008): „Es gehe nicht an, dass sich die Landesregierungen die Richter über ihre Justizminister gefügig machen können, indem sie über Beförderungen und Karrieren bestimmen.“ Das Vertrauen der Bürger in die Neutralität der Justiz werde so „sicher nicht gestärkt.“  
Das Gerichtsverfahren wurde daher von vielen Beobachtern als Farce angesehen, zumal sich der Schwerpunkt der Luftfahrtforschung in Norddeutschland seit einiger Zeit weitge-

hend nach Hamburg verschoben hat. Zwar bekommt auch Braunschweig nun „als Trost“ ein Zentrum zur Flugsimulation. Doch da wird im Trockenen gearbeitet. Eine Startbahnverlängerung brauchen die Wissenschaftler dafür nicht. Die Enttäuschung bei Anwohnern, den



Initiativen, bei BUND und NABU ist jetzt groß. Ob weitere gerichtliche Schritte unternommen werden, ist noch nicht sicher. Die Prozesse haben viel Geld gekostet und sind weiterhin nur durch Spenden zu finanzieren.  
NABU-Spendenkonto:  
Nr. 150 501 369,  
BLZ 250 500 00, Nord-LB

**Politikermund**  
Manlik (CDU) „Es ist erforderlich, die Schutzverordnung zu erlassen, damit ein Befreiungstatbestand (also die Notwendigkeit eines Eingriffs aufgrund der beabsichtigten Startbahnverlängerung) ausgewiesen werden kann.“  
Ratssitzung am 18. 7. 2006.

# Müllberg „Millenium“ – Der Fisch stinkt...



**Die Staatsanwaltschaft muss Ermittlungen wegen Umweltstraftaten aus Verjährungsgründen einstellen, kristisiert aber das widersprüchliche Vorgehen der städtischen Behörden im Umgang mit dem Müllberg und Müllhändler Lindemann.**  
Als Chef der Umwelt- und Bau-Abteilungen trägt Oberbürgermeister Hoffmann nicht nur formell die Verantwortung, sondern ist persönlich aktiv geworden, um seine schützende Hand über den Müllhändler Lindemann zu halten: Soweit aus den Akten nachzuvollziehen, haben einzelne Mitarbeiter der Verwaltung in der Vergangenheit immer mal wieder Vorstöße unternommen, um die rechtswidrigen Zustände auf dem Gelände der alten Dampfzigelei am Madamenweg abzustellen. Oberbürgermeister Hoffmann hat das aber „nicht mitgetragen“, so steht es jedenfalls in den Akten. In der Angelegenheit „Müllenberg“ stinkt der Fisch also vom Kopf her.  
Die Politik tat jahrelang ein Übriges: angefangen bei den Ratsherren Rackwitz bis Tartsch (beide SPD), über Lenz (Ex-Staatsanwalt und CDU-Ratsherr) bis Sehrt (CDU) haben sich die Parteien (mit Ausnahme der Lin-

ken, die den Skandal vor 1 1/2 Jahren aufdeckten), mehr oder weniger aktiv für Lindemanns „Visionen“ einspannen lassen.  
Sogar ein Freundeskreis für das „Projekt Millenium“ wurde gebildet, dessen Vereinsakten im Gericht nun auch noch verschwunden sind. Die große Verbundenheit zwischen Politik und Lindemann wurde durch zwei Wahlauftritte von OB Hoffmann deutlich, die er mit viel Tam-Tam in der Millenniums-Halle feierte. Weiterhin gestattete der Braunschweiger CDU-Kreisverband auf seinem Parteigrundstück am Gieseler Wall Lindemanns Restaurant „Okerblick“.  
Im Gegenzug wurde die CDU von Lindemann mit Parteispenden bedacht. Kurz gesagt: Lindemann ist es gelungen, parteiübergreifend die Politiker und Verwaltungsspitzen für sich einzuspannen.  
Dazu kamen die Beziehungen über den Ex-Staatsanwalt Lenz im Freundeskreis, dann in die Kultur und Wirtschaft, wo man von großer Kunst im Amphitheater bis heute träumt und sogar AIDA-Aufführungen mit lebendigen Elefanten für möglich hält.  
Zwar machen mal immer wieder Ideen wie die vom Weinbau an den Südhängen des Müllbergs (von der CDU-Ratsfrau Ochmann) oder der Plan eines Amphitheaters und die Erschließung des Müllbergs als Kunst-Skulpturen Park der Hochschule für Bildende Künste die Runde.  
Letztlich aber steht dieser Müllberg am Rande der Stadt für die in Form gegossene Dummheit der Verantwortli-

chen und repräsentiert die Gewissenlosigkeit oder Inkompetenz der politischen Parteien SPD, CDU, FDP und Grüne.  
Denn sie alle haben diesen Müllberg zwischen 1986 und 2007 wachsen lassen.

## Alt-Deponie oder Alt-Ablagerung

Die Stadtverwaltung möchte nun den Riesenhaufen als Alt-Ablagerung deklarieren; dann bräuchte nichts groß gesichert zu werden.  
**Als Alt-Deponie dagegen unterläge der Müllberg der Sicherungspflicht und Deponie-Nachsorge gemäß Umwelt- und Deponierecht.**  
Die Forderung kann jetzt nur noch lauten, diese Alt-Deponie als solche ordnungsrechtlich auch anzuerkennen. Das hieße: Abdichtung des ganzen Berges mit den dafür vorgeschriebenen Dicht- und Sicherungsfolien, um ein Eindringen von Wasser zu verhindern.  
Dazu die Nachsorge, wie es das Umwelt- und Deponierecht vorschreibt. Schlimm genug, was den Anwohnern über Jahrzehnte hinweg dort zugemutet worden ist.  
Ein Anwohner, der seit über zwanzig Jahren – von Politikern und Behörden unbeachtet – gegen diese Umwelt-Sauereien seine Stimme erhoben hat, kann nur bitter anmerken: „Lindemann hat das Geld und die Stadt das Problem...“

Peter Rosenbaum  
Ratsherr der Stadt Braunschweig  
Siehe: <http://bibs.kostenlosforum.tk>

## Ausrottungsmentalität im Nationalpark Harz

**Nationalparke sind Gebiete, die wirtschaftlich nicht genutzt werden und von menschlichen Einflüssen verschont bleiben. So will es jedenfalls das Gesetz.**  
Nicht so im Nationalpark Harz, nicht so in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Aufgrund der Länderhoheit in Sachen Naturschutz hat es eine Förster- und Jägerlobby geschafft, im niedersächsischen Teil des Nationalparks eine bittere andere Realität zu schaffen. Jährlich werden bis zu 80000 Festmeter Holz „geerntet“, und im letzten Jagdjahr wurden genau 390 Hirsche getötet. Das sind – auf die Fläche des niedersächsischen Teils des Nationalparks bezogen – 64 Prozent mehr Abschuss als im gesamten restlichen Gebiet des Rotwildringes Harz. Holzausräuberung und Ausrottungsmentalität stellen den Nationalparkgedanken auf den Kopf. Praktisch ist es die Privatisierung öffentlichen Eigentums ‚Nationalparknatur‘ durch Regierungsbeamte und private Jäger. Diese



Zustände kosten den Steuerzahler in 50 Jahren unnötige 300 Millionen Euro mehr als nötig. Sie ruinieren den Naturtourismus im Harz und widersprechen dem lange bekannten biologischen und ökologischen Kenntnisstand.  
Kräftige, in der Natur besonders überlebensfähige Tiere, die starke Geweihe tragen, werden im Nationalpark in jungem Alter abgeschossen. Außerhalb des Parks ist es noch schlimmer: Hier wird ohne Rücksicht auf das Alter geschossen. NABU und BUND in Niedersachsen sollen zum Schweigen gebracht werden, indem man diesen Verbänden ‚Nationalparkhäuser‘ zur Verfügung stellt.  
Gegen den skandalösen Mißbrauch des Nationalparkgedankens wendet sich die [buergereininitiative-nationalpark-harz.de](http://buergereininitiative-nationalpark-harz.de).  
Das Bundesamt für Naturschutz und der Deutsche Naturschutzring unterstützen die Position der Bürgerinitiative Nationalpark Harz.

## Motorsägen wüten in der Brut- und Setzzeit

**Am 24. Juni ließ die Altenheim-Stiftung St. Thomahof in der Feuerbachstraße, östliches Ringgebiet, Bäume fällen.** Weil sich einige wenige Nachbarn über „mangelndes Licht“ beschwert hatten, wüteten mitten in der Brut- und Setzzeit für drei Tage die Motorsägen und fällten sechs völlig gesunde Buchen. Noch vor einigen Jahren galt innerhalb der Stadt



eine eigene Baumschutzsatzung, um die Bäume und damit ihre wichtige Funktion für die Reinhaltung der Luft zu schützen. Aber seit dem Fall der Verordnung im Jahr 2002 wird ohne jegliche Rücksichtnahme auf Natur und Umwelt gefällt. Die Äußerung des herbeigerufenen Firmenchefs des Landschafts- und Gartenbau-Unternehmens spricht für sich: „Wieso soll ich Rücksicht nehmen? Die Stadt hat doch im Schlosspark auch mitten in der Brut- und Setzzeit abholzen lassen“. Im Vorstand sitzen Bürgermeisterin Kükelhan (SPD) als Vorsitzende und Ratsherr Wendroth (CDU).

## Schlagzeilen

Niedersächsische  
Kommunalprüfungsanstalt  
rügt Stadt

Gemäß Prüfbericht sind „Ausschüttungsquoten nahe oder über 100 % grundsätzlich unzulässig“ (Prüfbericht S. 173).

Das Prüfamts rechnete der Stadt vor, daß zu lasten der städtischen Tochter NiWo Ausschüttungsquoten von 88,3% (2003), 61,8% (2004) und sogar 114,1% im Jahre 2005 abverlangt worden sind. Das sei ein Verstoß gegen § 114 Abs. 2 Niedersächsischer Gemeindeordnung.

20 Mio. aus Nibelungen  
Wohnbau herausgeholt

Die Stadt brauchte Geld, deswegen wurden Wohnungen verkauft.

2003: 1,5 Mio. 73 Wohnungen,  
2004: 2,8 Mio. 126 Wohnungen,  
2005: 4,2 Mio. 284 Wohnungen,  
2006: 4,8 Mio. 182 Wohnungen,  
2007: 6,5 Mio. rd. 300 Wohnungen

Den Mietern werden die Wohnungen übrigens nicht zum Kauf angeboten.

## „Desinvestitionsprogramm“

für Nibelungen-Wohnbau. Leider kein Scherz, sondern wirklich die städtische Logik im Umgang mit eigenen Vermögenswerten: Im Geschäftsbericht 2006 der NiWo-Bau nachlesbar, es existierte ein „Desinvestitionsprogramm“ 2004–2007 für die städtische Wohnungsgesellschaft Nibelungen Wohnbau, um noch mehr Liquidität bei NiWo abzuziehen und in die Stadtkasse zu vereinnahmen.

## 100 Millionen Schulden

„Die Nibelungen hat zur Zeit ein Fremdmittelvolumen von 99,7 Mio. Euro... mit einem durchschnittlichen Zinssatz von 4,6 % pro Jahr“ (Machbarkeitsstudie der BBD S. 44). Der Unternehmenswert beträgt rd. 160 Mio.

Leerstandquote mit 8,7%  
bei NiWo unverändert hoch.

Damit liegt die NiWo bei Leerständen deutlich höher als z. B. die Braunschweiger Baugenossenschaften wie BGG und Wiederaufbau mit Leerstandsquoten zwischen 6,0% bis 6,5%. Insbesondere stehen bei der Nibelungen Drei-Zimmerwohnungen leer. Diese müssten dringlich den Markterfordernissen angepasst und umgebaut werden.

Bellis aus „Versehen“  
begünstigt

Der veolia-Tochtergesellschaft bellis wurde seitens der Stadt „...zur Erreichung kommunalkreditähnlicher Konditionen“ bei der Refinanzierung eigener privater Geschäfte bürgerschaftsähnliche „Fortfälschungen“ für Bankkredite bis zu 1,8 Mio. jährlich zugesichert. Diese einseitige Verpflichtungserklärung gegen die Stadt hat OB Hoffmann im Oktober 2005 höchstpersönlich unterschrieben, als bellis/veolia den Auftrag zur Bewirtschaftung der öffentlichen Lichtanlagen und Ampeln übertragen wurde. Der Auftragnehmer könnte daraufhin Kredite bei einer Bank ziehen, wofür die Stadt dann ohne Wenn und Aber gerade stehen müsste (Kredite bis zu rd. 1,8 Mio. pro Jahr wären möglich). Dazu erklärte die Verwaltung: „Leider sei diese einseitig gegen die Stadt wirkende Verpflichtung aufgrund eines Redaktionsversehens nicht aus dem Vertragstext gestrichen worden. Bislang tauchen solcherart Risiken aus schuldähnlichen Verpflichtungen nirgendwo im Stadthaushalt auf, weshalb das auch über drei Jahre im Rat niemandem auffiel. Erst ein Akteneinsichtsverlangen der BIBS zu den Privatisierungsverträgen brachte das ans Tageslicht.“

## Versprechen gebrochen

2005 wurde von der Stadt öffentlich versprochen, der neue Betreiber der Stadtentwässerung werde die Abwassergebühren zehn Jahre nicht erhöhen. Anlässlich der Privatisierung der Abwasser-Wirtschaft 2005/2006 und anlässlich der damals anstehenden Kommunalwahl versprach der Oberbürgermeister für mindestens 10 Jahre Preisstabilität für Abwasser.

## Benutzungsgebühren:

2005 36,37 Mio. (Ergebnis)  
2006 36,99 Mio. (Ergebnis)  
2007 37,05 Mio. (Ergebnis)  
2008 40,76 Mio. (Planansatz)  
2009 42,18 Mio. (Planansatz)  
2010 43,43 Mio. (Finanzplanung)  
2011 44,73 Mio. (Finanzplanung)  
2012 46,08 Mio. (Finanzplanung)

(Quelle: Erfolgsplan der Sonderrechnung Abwasser im Haushaltsplan 2009 der Stadt BS). Zwischen 2005 und 2012 wären das immerhin Gebührenerhöhungen in absoluten Zahlen von rd. 10 Mio. – oder pozentual 28%.

Tatsächlich hat BS-Energy dies Versprechen sofort gebrochen: Erhöhung 2006: 1,6% / 2007: 5,7 % / 2008: 4,3 % / 2009: 3,7%

## Stadt plündert Nibelungen

## Wohnbau GmbH



Der Börsencrash der Immobilienbranche macht deutlich: Die Existenz kommunaler Wohnungsunternehmen als Gegengewicht zum freien Markt ist unverzichtbar.

Ohne die Nibelungen Wohnbau GmbH (NiWo) wäre das Recht auf angemessenes Mietwohnen für alle gefährdet, wäre das Mietpreisniveau dem freien Markt überlassen und würde die Gestaltung sozialer Räume zum Spekulationsobjekt verkommen. Doch diese Erkenntnis scheint bei der Stadt Braunschweig nicht angekommen zu sein. Schlimmer noch: Anstelle die städtische Tochter auf dem hiesigen Wohnungsmarkt zu stärken, wird sie regelrecht ausgeplündert.

So wurde die NiWo gezwungen, im Zeitraum von 2002 bis 2007 eintausend ihrer damals rund 8000 Wohnungen zu verkaufen und den Verkaufserlös vollständig an die Stadt abzuführen. Darüber hinaus war und ist der Gewinnabzug aus dem normalen Mietwohnungsgeschäft an die

Stadt dermaßen hoch, dass das Unternehmen nicht mehr in der Lage ist, wichtige Aufgaben zu übernehmen. Handlungsbedarf besteht aber fast überall, verzeichnet die NiWo doch im Vergleich zu anderen Wohnungsunternehmen in Braunschweig überdurchschnittlichen Leerstand und Sanierungsbedarf. Zusammen mit allgemein notwendigen Qualitätsverbesserungen beläuft sich der Sanierungsstau auf etwa 60 Mio. €, wie jüngst eine Studie der Berliner Beratungsdienste (BBD) bestätigte.

Eine Schwächung der NiWo bedeutet nicht nur eine Verringerung der Wettbewerbsfähigkeit und Bedeutung des kommunalen Unternehmens auf dem Wohnungsmarkt.

Die Stadt setzt auch die dringend notwendige Gestaltungsmöglichkeit des Mietsektors aufs Spiel (Schaffung von Kleinraumwohnungen oder Ähnliches).

Jüngster Streich der Stadtverwaltung ist die Übertragung sozial genutzter

und sanierungsbedürftig aussehender Liegenschaften an die NiWo. Zwar wird mit dieser Übereignung die Gesellschafter-Einlage der Stadt bei der Nibelungen Wohnbau um 50 Prozent erhöht, gleichzeitig steigt aber auch rechnerisch der Geldbetrag, den sich die Stadt jährlich entnehmen kann, ohne bei der Kommunalprüfungsanstalt wegen zu hoher Gewinn-Entnahmen aufzufallen. Die Ausplünderungsschraube scheint sich also weiter zu drehen.

Unter solchen Bedingungen wird sich die NiWo nicht dauerhaft auf dem Wohnungsmarkt halten können. Bleiben zwei Fragen an die Politik-bestimmenden Parteien der Stadt Braunschweig.

Soll die Nibelungen Wohnbau auf kaltem Weg kaputt gemacht werden oder geht es nur darum, das Hoffmann'sche „Haushaltswunder“ vor dem Zusammenbruch zu retten? Die NiWo-Initiative will eine Stärkung der NiWo, denn (Miet-)Wohnen ist Menschenrecht.

Der Ruf „Privat vor Staat“  
ist verstummt!

Verstärkt seit Zuspitzung der Finanzkrise orientieren sich die Städte und Kommunen um: Weg von Privatisierung, raus aus „toxischen“ Finanzmodellen wie Cross Border Leasing und Public private partnership – wo nur irgend möglich.

Die Meinung in der BIBS-Fraktion ist eindeutig: „...Die zweitägige Tagung hat eindrucksvoll gezeigt, dass sich Städte wie Braunschweig mit ihren kommunalen Privatisierungsbestrebungen auf einem „Irrweg“ befinden. Nach Christian Ude (SPD) dürfe die Privatisierung heute als „ein gescheitertes Patentrezept“ gesehen werden.“

Warum hört man darüber nichts aus dem Braunschweiger Rathaus? Vor einem Monat tagte der letzte Städtetag. Zwei Delegierte aus Braunschweig waren auch dabei: Ratsherr Pesditschek (SPD) und Ratsherr Grziwa (CDU). Zurückgekehrt, blei-

ben sie merkwürdig stumm, der Oberbürgermeister wollte gar nicht erst hinfahren. Was ist aus dem „Vorbild“ von einst geworden, dem „Leuchtturm“ Braunschweig, an dem sich noch vor drei Jahren alle anderen Städte orientieren sollten? Nach gescheiterten Privatisierungen debattieren bereits eine Reihe von Städten notwendige Re-Kommunalisierungen.

„Ohne starke Städte  
kein Weg aus der Krise“

Münchens OB Christian Ude folgert aus dem Irrweg: „Das Ganze zurück!“ An vielen Orten hat sich seiner Meinung nach die Privatisierung als „ein Schuss in den Ofen“ erwiesen: „Deshalb haben wir Anfang dieses Monats mit Vergnügen gehört, dass jetzt ein ganz anderes Programm angesagt ist: Die Re-Kommunalisierung, eine Aufbruchsstimmung und neue Gründerzeit in der Kommunalwirt-



schaft!“ Nicht so in Braunschweig, wo schon die nächste Privatisierung – diesmal der Gebäudewirtschaft – vorbereitet wird. Weil alles andere wie Energie- und Wasserwirtschaft, Müllabfuhr und Wohnungen bereits verscherbelt wurde, steht Braunschweig nun in der Krise fast ohne Vermögen da. Nichts ist mehr mit Braunschweiger „Haushaltswunder“ als Modell auch für andere Städte. Deswegen hat sich Oberbürgermeister Hoffmann auf dem Städtetag lieber erst gar nicht sehen lassen; übrigens, Wolfsburgs OB Schnellecke war da...

<http://niwo4bs.wordpress.com>

## Schlagzeilen

## Überhöhte Netzentgelte

2007 sollten die Netzentgelte bei bs-energy für Strom um 11,9% und für Gas um 7,2%, im Jahre 2008 sogar um 27,7% erhöht werden. Die Erhöhungen wurden jedoch von der Bundesnetzagentur nicht genehmigt. Anfragen an die Aufsichtsratsmitglieder OB Hoffmann, Kükelhan (SPD) und Sehr (CDU), wie sie die Braunschweigerinnen und Braunschweiger vor offensichtlich ungerechtfertigten Gebührenerhöhungen bei bs-energy dank ihres Mandats schützen wollen, blieben unbeantwortet.

Selbst mehrfache schriftliche Anfragen an Frau Kükelhan (SPD) – gewähltes Ratsmitglied der SPD-Fraktion – hatten keinen Erfolg. Bürgernähe und Schutz vor versuchter Willkür finden hier offenbar kein Interesse.

80 Abwasser-Gebührenerhöhungen in Braunschweig  
anhängig

Im Zuge der Schulden-Debatte durch die vorige Ausgabe dieser Zeitung kam heraus: Bürger wehren sich und wollen die teure Zeche nicht bezahlen. So musste die Verwaltung jetzt bekanntgeben: „Die Höhe der Abwassergebühren nach der Privatisierung des Stadtentwässerungsbetriebes sind Gegenstand von rd. 80 Rechtsstreitigkeiten.“

## ALBA geholfen

Der Bau-Ausschuss hatte in seiner Sitzung am 3. 2. 2009 beschlossen, dass der Oberbürgermeister ermächtigt werden soll, „vorübergehende Ausnahmen vom Verbot, Salz auf Gehwegen zu streuen, zuzulassen, wenn dies bei besonderen Gefährdungen für den Fußgängerverkehr notwendig ist.“

Der Verdacht kam auf, dass abgelenkt werden sollte von den nicht geräumten Straßen und Schlechtleistungen des an ALBA privatisierten Stadtreinigungsbetriebes.

Salz auf die Straßen und Wege, obwohl das aus Umwelt- und Gewässerschutzgründen eigentlich nicht sein darf? Wie von Salz angegriffen reagierte der Oberbürgermeister in der Ratssitzung am 17. 2. 2009 auf Vorhaltungen zur Freigabe von Auftausalz:

## Auf die Vorhaltungen,

– ALBA kassiere auch rd. 710.000 für Winterdienst ohne die Leistungen erbracht zu haben,

– der OB habe 2004 höchstpersönlich in einem „Klarstellungsvertrag“ die pauschale Bezahlung für ALBA noch um 30% erhöht;

– ALBA habe inzwischen weder das Personal noch den Fuhrpark für mechanische und Hand-Reinigung,

– der OB werde von ALBA vorgeschickt, um das Streusalzverbot aufzuheben, ... verlor Oberbürgermeister Hoffmann seine Fassung und quitierte die einzelnen Punkte mit „Helau“- Rufen.

Die Salzfreigabe auf Gehwegen wurde von der Einstimmen-Mehrheit CDU/FDP/Oberbürgermeister gegen die Stimmen von SPD/Linke/Grüne/BIBS beschlossen.

## Wussten Sie schon?

– dass zwar Gebühren, wie gesetzlich festgelegt, immer nur die Kosten der Leistung decken sollen, aber ALBA im Privatisierungsvertrag jährlich gemäß Index steigende Leistungsentgelte zugestanden wurden auch für Personal und Maschinerie, das gar nicht mehr in Braunschweig im Einsatz ist?

– dass jetzt für Sperrmüll an ALBA extra bezahlt wird, was früher in Ihren Müllgebühren schon mit enthalten war?

– dass für Elektrozycling und Reinigung des Straßenbegleitgrüns auch noch extra Vergütungen an ALBA erfolgen?

– dass die Stadt in Folge der Privatisierung jährlich ca. 6 Mio. mehr an ALBA zu zahlen hat, gegenüber den Kosten, die bei einer Selbsterledigung für Stadtreinigung und Müllabfuhr anfallen würden?

– dass neben ALBA drei weitere Abteilungen mit Stadtreinigungen tätig sind:

- ALBA ist offiziell mit Straßenreinigung beauftragt, bezahlt aus den Gebühren der Bürger,
- städtisches Grünflächenamt mit eigenem städtischen Personal,
- Ein-Euro-Beschäftigungsprojekte in städtischer Regie zum zusätzlichen Kippensammeln rund um Bohlweg und in der Innenstadt bis hin zur Hundehaufen-Beseitigung in Parks,
- Reinigungsdienst der Verkehrs-AG.



„Service Mobil“ der Verkehrs-AG, hundertprozentige Tochter der Stadt: „Wir reinigen für Sie.“

## Was erwartet die Beschäftigten von VW?

Insgesamt ist Volkswagen gut aufgestellt: Durch die Modellpalette und die internationale Ausrichtung wurden Marktanteile weltweit ausgebaut, allerdings in einem insgesamt schrumpfenden Markt. Darum sagt eine Erhöhung von Marktanteilen nichts über den Beschäftigungsstand aus, kann aber ein positiver Hinweis auf die Überlebenschance eines Unternehmens sein. Der VW-Konzern hat von der Abwrackprämie stark profitiert, das Werk Braunschweig von seiner Funktion als Konzernzulieferer, so dass ca. 1/3 der Beschäftigten schon wieder Wochenendarbeit machen muss. Die Absatzerwartungen liegen aufgrund der Einführung von Abwrackprämien auch in anderen Ländern bis Oktober/November über dem Vorjahresniveau. Was jedoch 2010 passiert, ist ungewiss. Mit Rückgängen auch bei Volkswagen muss man rechnen. Zusätzlich fehlen aus heutiger Sicht ca. 1200 Arbeitsplätze um das gegenwärtige Beschäftigungsniveau von 6400 Arbeitsplätzen auch nach 2011 zu halten. Bei einem unterstellten Rationalisierungsfortschritt von ca. 10% jährlich müssen viele neue Produkte des Braunschweiger Werkes gegen externe Wettbewerber durchgesetzt werden. Der Betriebsrat forderte zur Beschäftigungssicherung auf seiner letzten Versammlung, die zweistellige Rendite nicht an die Aktionäre auszuschütten, sondern für Produkte und Beschäftigung zu rein-

vestieren. „Nach den Wahlen heißt es zahlen!“ sagt der Volksmund. Auf was müssen wir uns nach der Bundestagswahl am 27. 9. 09 einstellen? Über die Konjunktur gibt es täglich neue Meldungen, sie zieht an, nein

für eure Krise“ und „Die Krise bekämpfen. Sozialpakt für Europa! Die Verursacher müssen zahlen“ demonstrierten am 28. März und am 16. Mai auch tausende VW-Beschäftigte aus der Region. Mindestens so viele wer-



doch nicht, vielleicht... Tatsache ist aber, dass die Milliardenprogramme für die Rettungsschirme und die Kredite finanziert werden müssen. Schon gibt es Stimmen, die Mehrwertsteuererhöhungen, Wegfall des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes und ähnliche verbraucherfeindliche Instrumente fordern. Geld für Soziales, Investitionen in Schulen und Universitäten, Gehaltserhöhungen für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes, alles Massnahmen, die auch Beschäftigung sichern, sind dann – aus Sicht der Regierenden – nicht mehr drin.

Unter dem Motto: „Wir zahlen nicht

den auch am 5. September in Frankfurt ihren Protest und ihre Forderungen formulieren ([www.gutes-leben.de](http://www.gutes-leben.de)). Forderungen nach einer Vermögenssteuer von 5% auf alle Vermögen über 1 Million, nach einer stärkeren Besteuerung von Unternehmen und Erben sowie nach einer Börsenumsatzsteuer, die allein 160 Milliarden in die Bundeskassen bringen würden, werden sicher nicht fehlen! An Forderungen wie diesen sollten sich die Beschäftigten auch bei ihrer Stimmabgabe zur Bundestagswahl orientieren!

Ulrike Schmitz

## Bildungsprotest

Einhundertfünfzig Kinder des fünften Jahrgangs können zu Beginn des Schuljahres die neue IGS in Volkmarode besuchen. Das ist schön.

Aber 221 Fünftklässler bleiben draußen, die auch gerne eine Gesamtschule besucht hätten. Doch weder hier noch in einer der anderen drei Gesamtschulen konnten sie unterkommen. Eine fünfte IGS wäre notwendig, nicht nur um der Kinder willen, sondern aus organisatorischen Gründen, weil die Anmeldungen zu den Haupt- und Realschulen rückläufig sind. Ende des kommenden Schuljahres schließt erneut eine Hauptschule, die nicht mehr überlebensfähig ist. Andere werden zwangsläufig folgen. Aber die Mehrheitsfraktionen im Rat der Stadt denken nicht vorausschauend, sondern hinken hinter der Entwicklung her. Die Entscheidung der Eltern, die Ende des letzten Jahres befragt wurden und sich weitgehend zugunsten der IGS entschieden haben, sei nur ein Wunsch, kein Votum gewesen, heißt es aus CDU-Kreisen.

Auf die bestehenden Gesamtschulen in Niedersachsen aber kommt das Turbo-Abitur zu, das die Zahl der Schuljahre auf 8 verkürzt (G8), das der Niedersächsische Landtag in einer Novelle zum Schulgesetz im Juni beschlossen hat. Nun wird den Gesamtschülern so wenig Zeit für Sport, Hobbies, Freundschaften oder auch nur zum Durchatmen bleiben wie den Gymnasiasten, die gleichfalls unter der Verdichtung des Unterrichtsstoffes in acht statt bisher neun Schuljahren leiden.

Die Frustration der Schüler zeigte sich bereits in der regen Beteiligung am Bildungsstreik. Eine große Demonstration am 9. 6. 2009 April in Hannover, an der auch hunderte von Braunschweiger Schülern und Lehrern teilgenommen hatten, war von der Spitze der niedersächsischen Politik ignoriert worden. Am 17. Juni folgte



Demonstration in Braunschweig

als nächstes Warnzeichen der bundesweite Bildungsstreik nicht nur die Schüler, sondern auch der Studenten. An diesem Tag wälzte sich ein ungeheurer Zug von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch die Innenstadt Braunschweigs. Elftausend Teilnehmer sollen es gewesen sein, die den Verkehr zeitweilig zum Erliegen brachten. Zu ihnen gehörten neben den Schülern und Studenten auch Mitglieder von Eltern- und Lehrerverbänden, Gewerkschafter und Politiker, vor allem von den Grünen und der Linken. Die Problemliste der Demonstranten ist lang: Zu große und zu volle Klassen, Unterfinanzierung der Schulen, Lehrermangel und Stundenausfall, ein Turbo-Abitur, das seine Schatten bis in die Mittelstufe wirft, „Bulimie“-Lernen, Verschulung der Studiengänge im Bologna-Prozess an den Universitäten, zu wenig Durchlässigkeit zwischen den Bachelor- und den Master-Studiengängen, Studiengebühren und vieles andere mehr.

Aus der Bevölkerung gab es viel Sympathie für die Demonstranten, nur bei den politisch Verantwortlichen in Hannover wie auch in Berlin begriff man nicht, dass da die chronische Erkrankung eines ganzen Systems angeprangert wurde. Eberhard Brandt, der niedersächsische GEW-Vorsitzende, der auf dem Braunschweiger Kohlmarkt sprach, stellte fest, dass diese Bildungspolitik zwar noch eine politische, aber keine gesellschaftliche Mehrheit mehr habe.

Inzwischen erwägen in Braunschweig Schüler und Eltern ein Volksbegehren, um jeder Gesamtschule oder jedem Gymnasium im Rahmen der Eigenverantwortung die Möglichkeit zu geben, sich selbst für die acht- oder 9-jährige Form zu entscheiden. Inge Gerlach

**In letzter Minute aufgewacht: ARUG bleibt in Braunschweig**  
Die „Arbeitsstelle gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ kommt unter das Dach der Volkshochschule, wie vom bundesweit bekannten Leiter Reinhard Koch gewünscht. Die Zusage der Stadt, die sich auch um weitere Mittel für die ARUG kümmern will, erfolgte fast in letzter Minute: Koch hatte bereits attraktive Angebote aus anderen Städten erhalten. Nun wechselt die Zuständigkeit für seine Einrichtung vom Sozial- zum Kulturbereich. An Arbeit wird es ihm nicht fehlen; rings um Braunschweig sammeln sich braune Horden, die, wie sie selbst erklären, vom Land her die Stadt erobern wollen.

**Ein Schulbuch aus Braunschweig zum Nahost-Konflikt**  
Jahrelang haben im Georg-Eckert-Institut in Braunschweig Wissenschaftler aus Israel und Palästina an einem Geschichtsbuch gearbeitet, in dem der Nahostkonflikt für Schüler beider Gruppen dargestellt werden sollte. Doch sie konnten sich nicht auf eine gemeinsame Fassung einigen. Daher vereinbarten sie einen dreispaltigen Text: In der linken Spalte wird die israelische Fassung der Geschichte (Gründung des Staates Israel, Vertreibung der Palästinenser, Sechstage- und Jom-Kippurkrieg usw.) dargestellt, auf der rechten die palästinensische Lesart. Die mittlere Spalte bleibt frei, hier können die Schüler selbst

die Ereignisse kommentieren. Inzwischen ist das Buch fertig gestellt und wurde Mitte Juli auf einer Konferenz in Hamburg von den Wissenschaftlern beider Seiten akzeptiert. Nur leider: Es ist weder in Israel noch auf der Westbank für den Schulgebrauch zugelassen, und man fürchtet, dass es noch lange bei diesem Verbot bleiben wird. Immerhin gibt es eine kleine Erprobungsmöglichkeit: Eine Lehrerin konnte mit besonderer Erlaubnis das Buch im Unterricht „testen“ und machte, wie sie dem NDR mitteilte, die Erfahrung, dass die Schüler äußerst lebhaft den Mittelstreifen nutzten, um sich mit der Darstellung der „anderen Seite“ auseinander zu setzen.

## Weniger Geld für Kinder



**Alljährlich beraten Kindergarten-träger und Stadt auf einem Planungstag über die Anpassung der Angebote im Kindertagesstättenbereich und der Schulkindbetreuung.**  
Bisher war es üblich, die Ergebnisse der Expertenrunde auch im Rat zu beschließen. Nicht so auf der Ratssitzung am 20. 5. 2009:

Nachdem Oberbürgermeister Dr. Gert Hoffmann in einer Bürgersprechstunde anwesenden Eltern die Errichtung von Horten in Volkmarode, Völkenrode und Querum versprochen hatte, wurden am 15. 5. 2009 kurzfristig elf Anträge anderer Kitas auf Ausweitung von Kinderbetreuungszeiten, die vom Planungstag als förderungsfähig angesehen wurden, herausgestrichen. Dafür kamen die drei Anträge auf Einrichtung von Horten in Volkmarode, Völkenrode und Querum, die von den Experten als nicht förderungsfähig angesehen wurden, hinzu. Dazu Hoffmann: „Es gibt Situationen, da muss

man eingreifen, und ich bin der von den Bürgern und Bürgerinnen direkt gewählte Oberbürgermeister dieser Stadt.“ Wenn Bürger ihm sehr überzeugende Wünsche und Anliegen persönlich vortrügen, würde er auch Vorschläge gegen seine Fachverwaltung machen. Konsequenz: Die Anträge auf Neueinrichtung von drei Schulkindbetreuungsgruppen müssen auf „Vorschlag“ Hoffmanns nachträglich als förderungsfähig in die Beschlussvorlage eingefügt werden. Der Jugendhilfeausschuss empfahl am 11. 5. 2009 dem Rat die Berücksichtigung aller Kita-Anträge, die Mehrkosten von rund 85 000 Euro in diesem Jahr sowie jeweils 200 000 Euro jährlich in den Folgejahren verursachen würden. Ein Beschlussvorschlag mit kurzer Halbwertszeit: In der Ratssitzung am 20. 5. 2009 stellte Hoffmann fest, dass Planungstag und Jugendhilfeausschuss nur einen empfehlenden Charakter hät-

ten und sich niemand an dessen Vorschläge halten müsse. Dabei bekennt er auch, dass er sich um die Anpassung der Angebote im Kita-Bereich „bis zu diesem Frühjahr überhaupt nicht gekümmert“ und nicht gewusst habe, dass es einen Planungstag gebe: „Ich habe mich jetzt erstmalig informieren lassen.“

Der Rat beschloss mit der Einstimmigen Mehrheit von CDU, FDP und Oberbürgermeister den im Sinne Hoffmanns abgeänderten Beschlussvorschlag. „Das ist aus meiner Sicht ein einmaliger Vorgang, der echt ein Vertrauensbruch ist“, so Elke Flake (Grüne), Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, „elf Gruppen, das sind 220 Kinder, deren Eltern damit gerechnet haben, einen Platz zu bekommen, den sie dringend brauchen. Und denen wird im Mai gesagt: Ist nicht.“

Die Eltern der betroffenen Kindergärten wie dem Evang. Kindergarten Dankeskirche e.V. befürchten: „Hoch qualifizierten Mitarbeitern können die Verträge nicht verlängert werden. Unter dieser fehlenden Planungssicherheit ist eine Erwerbstätigkeit beider Elternteile bzw. Alleinerziehender fast unmöglich.“

## Sozial ist besser!

Dieselben, die dem Markt alles überlassen wollten (Unsinn u.a. vom IFO-Institut), vermuten jetzt bereits das Ende der Krise, es geht wieder aufwärts. Ganz anders OB Hoffman: Voraussichtlich erst 2013 hat die Stadt Braunschweig wieder Gewerbesteuererinnahmen wie im letzten Jahr. Die staatlichen Überbrückungsmaßnahmen greifen und führen besonders in unserer Region zu einem stabilen Arbeitsmarkt.

Aber was passiert, wenn alle Schrottpremienautos ersetzt wurden (etwa zum Jahresende 2009), wenn das KurzarbeiterInnengeld gezahlt ist (etwa zur Jahresmitte 2011)? Was passiert, wenn die Löhne nicht steigen, das Einkommen nicht mehr zum Auskommen reicht, die Waren im Regal liegen bleiben? Diese Entwicklung passiert nicht nur in SüdOstNiedersachsen, sondern weltweit. Hoffen auf bessere Zeiten, die Situation schön reden sind die falschen Maßnahmen.

Die Kommunen in unserer Region sind jetzt zum Handeln aufgerufen. Die Menschen müssen vor den Auswirkungen unverschuldeter Arbeitslosigkeit und Armut geschützt werden, besonders die Kinder und die Alten. Rechtzeitig bevor die Krise mit voller Kraft in unserer Region ankommt, ist es notwendig, das soziale Netz wieder neu zu knüpfen und freiwillige städtische Angebote für Menschen in Not anzubieten. Es kann nicht sein, dass Politik und Verwaltung auf wohlthätige und caritative Hilfen verweisen. Die Daseinsvorsorge und die damit verbundenen Angebote für die Bevölkerung können nicht privaten Anbietern überlassen werden, hier haben Politik und Verwaltung Verantwortung wahrzunehmen.

Es ist notwendig, gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden weitere Anlauf- und Beratungsstellen in den Stadtteilen einzurichten, damit die Menschen eine soziale Heimat behalten und nicht vereinzeln. Ein soziales Denken und Handeln muss die marktradikalen Irrtümer ersetzen.

Hansi Volkmann DGB Südostniedernachsen

# Anti-Atom-Treck kommt

**Lichterkerette mit anderen Mitteln: Am 30. August kommt der Anti-Atom-Treck durch Braunschweig.**

30 Jahre nach ihrem legendären Treck nach Hannover machen die Gorleben-Bauern im Wahljahr 2009 wieder mobil. 1979 hieß es: „Albrecht, wir kommen!“ und unter dem Eindruck der Harrisburg-Katastrophe demonstrierten damals mehr als 100.000 Menschen in Hannover gegen Atomenergie. Heute, drei Jahrzehnte später, ist zwar die Atom-Euphorie verflogen, aber die vorhandenen Reaktoren laufen noch immer.

In der ASSE II suppt der Atommüll und in den Zwischenlagern in Gorleben, Ahaus und an den AKWs strahlen die heißen, hochaktiven, abgebrannten Brennelemente vor sich hin.

„Mal richtig abschalten – Atomkraft: Nein Danke!“ heißt es 2009, wenn die Gorleben-Bauern gemeinsam mit Umweltorganisationen wie BUND und Robin Wood, der Ärzteorganisation „IPPNW“, den Kampagnen „ausgestrahlt und „compact“ zu einer bundesweiten Demonstration am 5. September in Berlin aufrufen. Der Anti-Atom-Treck zur Demonstration in Berlin startet mit Treckern und Wagen am 29. August in Gorleben und kommt am 30. August, 17 bis 19 Uhr durch Braunschweig, um dann über Schacht KONRAD (31.8.), ASSE II (01.09.) und Morsleben (02.09.) weiter zu ziehen. Jeder hat die Möglichkeit, die Durchfahrt des Trecks zu nutzen, um seine Ablehnung der Atomenergie deutlich zu machen. Ab 16.30 Uhr treffen sich alle, die den Treck mit dem Fahrrad durch die Stadt geleiten wollen, auf den real-Parkplatz in Querum. Von dort geht es (Streckenverlauf siehe Karte auf unserer Homepage) zur Paulikirche, wo eine kurze Begrüßung stattfindet. Hier haben dann auch FußgängerInnen die Möglichkeit, sich in die Demonstration einzureihen. Am Ritterbrunnen richtet der DGB eine

Kundgebung aus. Dann geht es weiter Richtung Rünigen und Salzgitter. Wie bei der Lichterkerette suchen wir Gruppen, die Streckenabschnitte übernehmen, im Vorfeld die Bevölkerung informieren und während des Trecks eigene Infostände und Aktionen durchführen. Und: Alle, die an der Strecke wohnen, können ihre Meinung auch ruhig mal aus dem Fenster hängen lassen! Zur Demonstration am 5. Sept. fahren dann Busse aus der ganzen Region, u.a. aus Braunschweig, Salzgitter, Wolfenbüttel, Erkerode und Helmstedt. In Braunschweig um 9 Uhr ab ZOB (am Hauptbahnhof), Fahrpreis 18,- €, Ermäßigungen nach Absprache möglich.

Für die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V. geht es, wie für die meisten Organisationen des Trägerkreises nicht darum, bestimmte Parteien in ihrem Wahlkampf zu unterstützen. Im Gegenteil. Wir wissen, dass Atomenergie kein wahlentscheidendes Thema ist. Aber: Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt Atomenergie ab. Das gilt auch für die AnhängerInnen von CDU und FDP. Es geht uns um eine ganze große Koalition in der Gesellschaft, die von jeder denkbaren Regierungskoalition nach der Bundestagswahl den Ausstieg aus der Atomenergie und ein grundsätzliches Umsteuern in der Energiepolitik verlangt. Denn Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke und neue Kohlekraftwerke verhindern zukunftsweisende Investitionen in erneuerbare Energien. 280.000 Menschen arbeiten schon heute in Bereich der „Erneuerbaren“, in wenigen Jahren könnten es sogar 500.000 sein.

**Kontakt:**  
braunschweig@anti-atom-treck.de  
Info-Telefon: 01578-4343107,  
weitere Informationen:  
www.anti-atom-treck.de  
und www.anti-atom-treck.de/bs

# Endlager ASSE?



ASSE – Untersuchungsausschuss wird von der Bürgeraktion Sichere ASSE (BASA) empfangen.

Robin Wood erinnerte an die versprochene Sicherheit für Millionen Jahre.

# Gentechnik so sicher wie „ASSE“?

**Ein Dreibein auf dem Acker, westlich von Braunschweig, zeigte an: auch in Braunschweig werden Versuche mit gentechnisch manipulierten Pflanzen unternommen.**

**„Aber der Mais ist doch verboten worden“, war die erstaunte Reaktion vieler Menschen, denen von den Versuchen erzählt wurde.**

Verboten ist in diesem Jahr lediglich die eine genveränderte GVO-Mais-sorte Mon810 (GVO = genveränderte Organismen), die zum kommerziellen Anbau zugelassen war – alle Versuche, die mit anderen GVO-Pflanzen angemeldet und genehmigt waren, ob in Braunschweig oder anderswo, waren von diesem Verbot nicht betroffen.

Die Feldbesetzung auf dem Gelände der ehemaligen FAL, jetzt „von Thünen Institut“ (vTI), dauerte nur drei fröhliche Tage Ende April.

Dann wurde kurzentschlossen die Besetzung von der Polizei, auf Veranlas-

sung der Stadt Braunschweig, geräumt.

Ob diese Räumung rechtmäßig war, muss jetzt vor dem Verwaltungsgericht geklärt werden, denn einer der Besetzer hat Klage gegen die Stadt wegen der Räumungsverfügung erhoben.

Vor dem vTI allerdings ging die am Besetzungswochenende begonnene Mahnwache über fünf Wochen weiter, bis zum Pfingstmontag wurde sie aufrechterhalten, um in der Öffentlichkeit, aber auch im vTI selbst Diskussionen über Sinn und Unsinn derartiger Versuche auszulösen.

Viele gute Gespräche wurden geführt, verschiedene Workshops abgehalten, Diskussionsabende in umliegenden Orten mit gutem Zuspruch organisiert, und die abschließende Demonstration am Pfingstsamstag führte die Teilnehmer vom Kornmarkt bis zum vTI und einmal darum herum. Letztendlich konnte die Aussaat des GVO-Mais



Genversuchsgegner vor dem Verwaltungsgericht Braunschweig am 28. 4. 2009

## Aktionstage gegen Gentechnik-Seilschaften im September

Behörden, Konzerne, Lobbyverbände, Forschung und dubiose Biotech-Parks sind in Deutschland stark verfilzt. Unabhängige Kontrolle findet nicht statt.

Die neue Broschüre "Organisierte Unverantwortlichkeit" deckt diese Seilschaften auf.

Im September soll an den Hauptstandorten gegen die grüne Gentechnik und die Verfilzungen protestiert werden.

Ein Schwerpunkt ist die Börde mit der BioTechFarm in Üplingen und den Feldern des Gentechnikkonzerns KWS.

Mit einbezogen werden sollen aber auch umgebende Städte wie Magdeburg, Braunschweig und Quedlinburg mit ihren Versuchsfeldern, Behörden, Förderern der Gentechnik und den beiden Gentechnik betreibenden Fachanstalten JKI und vTI. Mitwirkende sind gerne gesehen.

Informationen gibt es über [www.biotech-seilschaften.de.vu!](http://www.biotech-seilschaften.de.vu!)

**Den Auftakt macht das Hoffest auf dem Lindenhof in Eilum bei Schöppenstedt am 6. September.**

Dort gibt es um 15 Uhr auch eine passende Veranstaltung, den Vortrag „Monsanto auf deutsch – Seilschaften in der deutschen Gentechnik“.



Mon88017x89034 nicht verhindert werden.

Der Braunschweiger Versuchsbetreuer Prof. Tebbe vermied es, mit den Kritikern zu diskutieren; er gab allerdings ein seltsames Bild ab, als er sich zu Beginn der drei Diskussionsveranstaltungen vor die jeweiligen Lokalitäten stellte und ein eigenes Flugblatt zum Versuch verteilte – in dem bezeichnenderweise verschwiegen wurde, dass dieser Mais der Fa. Monsanto gehört und dass er für die Anwendung des Totalherbizides „Roundup“ gemacht ist. Aufbereitet und an die Öffentlichkeit gebracht wurden ausführliche Informationen zu dem Versuch (wie auch zu dem Versuch, den das Julius-Kühn-Institut (JKI) mit dem Mais Mon810 geplant hatte), auf der Homepage der Gegner dieser Versuche wie überhaupt der Agro-Gentechnik, [www.bs-gentechnikfrei.de](http://www.bs-gentechnikfrei.de).

Dort sind auch verschiedene Protestaktionen beschrieben, und weitere Informationen zu GVO in Braunschweig und im Braunschweiger Land zu finden.

Andreas Riekeberg

## Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz in die Freisetzung genveränderter Organismen (GVO) verwickelt

Üplingen ist ein kleines, unbekanntes Dorf jenseits der Landesgrenze in Sachsen-Anhalt, kurz hinter Schöningen. Hier in der ländlichen Idylle befindet sich ein besonders absurdes Projekt der Pro-Gentechnik-Szene: der Gentechnik-Schaugarten oder auch „Biotechfarm“.



Während überall sonst zumindest verbal darauf geachtet wird, dass Kontaminationen der Umgebung durch den Anbau von GVO-Pflanzen vermindert werden, setzt man hier auf möglichst große Besuchermengen – und nimmt dabei in Kauf, dass diese Besucher un-

Weiter auf Seite 7

**Weiter von Seite 6**

gewollt zur Blütezeit Pollen von GVO-Pflanzen oder zur Erntezeit gar vermehrungsfähiges Material aus diesem Horrorgarten der Gentechnik herauszutragen und unkontrolliert in die Umgebung im ganzen Land verschleppen. Während ansonsten die Sensibilität für die weiträumige Eintragung fremder Arten, sogenannter invasiver

Arten, wächst, kann man hier fragen, ob nicht gewissermaßen weiträumige Kontamination der Umwelt mit GVO organisiert wird. Eigentümerin dieser Flächen ist pikanterweise die Teilstiftung Braunschweig der SBK – verwaltet werden die Flächen von der Niedersächsischen Liegenschaftsverwaltung (GLL).

## Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz (SBK) und Gen-Lobbyismus

Hier einmal ein Einblick in die Runde der Personen, die in Gremien der Stiftung mitwirken, die Grundeigentümer des Gen-"Schaugarten" in der BioTechFarm in Üplingen ist: Mitglieder im Stiftungsrat sind etwa: Oberbürgermeister Dr. Gert Hoffmann, Rechtsanwalt und Ex-CDU-Vorsitzender Dr. Bernd Huck, Ex-Ministerpräsident Gerhard Glogowski.

Weitere Braunschweiger Persönlichkeiten sind als „Mitwirkende“ im Stiftungsrat unter anderem: Prof. Hesselbach (Präsident der TU Braunschweig), Wolfgang Gropper (Generalintendant des Staatstheaters) und Dr. Annette Schwandner (Niedersächsisches Kultusministerium)

Siehe: <http://sbk.gingco.net/default.asp?NAV=24>.

Ob die Genannten vom Aufbau des größten Gentechnik-Anbaugebietes wussten, sollte geklärt werden. Ebenso sollte die Rolle der niedersächsischen Behörde für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften (GLL) untersucht werden. Diese gehören zur Landesverwaltung – und genau in ihnen sitzt die Abteilung, die für die SBK die Pachtverträge mit den Gentechnikfirmen vermittelt hat.

**Zu diesem Zweck hatte die Redaktion die Stiftung sowie die auf der Homepage der Stiftung genannten Personen bereits am 21. 7. 2009 um eine Stellungnahme gebeten. Der Direktor der Stiftung bat um Verlängerung der Frist und kündigte Einlassungen an. Die Frist verstrich leider ungenutzt. Wer mehr über dieses Projekt wissen will, sollte bei**

**[www.biogeldfarm.de.vu](http://www.biogeldfarm.de.vu) nachschauen.**



Residenz der Stiftung am Löwenwall

## Willkürmaßnahmen staatlicher Behörden gegen Umwelt-Aktivistin von Robin Wood

**Die vorbeugende Inhaftierung der Umwelt- und Robin Wood – Aktivistin Cécile Lecomte im Vorfeld des letzten Castor-Transports schockte die Braunschweiger Öffentlichkeit.**

Dann kamen bei einer Ortsbesichtigung der Braunschweiger Vorbeugehaftanstalt auch noch an den Wänden hängende Fesselungsfotos ans Tageslicht, die man eher in Guantánamo erwartet hätte.

Die Bilder wurden nach entsprechenden Protesten zwar abgehängt und die Polizeidirektion versicherte in einem Brief an die BIBS-Fraktion, man sei nun „den Forderungen des Europäischen Ausschusses zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung nachgekommen“.

Die Verfolgungsmaßnahmen gegen Cécile Lecomte gingen aber auf anderer Bühne weiter: So hatte die Braunschweiger Staatsanwaltschaft mit

Strafbefehl praktisch zeitgleich im Januar das "besondere staatliche Interesse" an einer Strafverfolgung angemeldet und zwar gegen Cécile Lecomte und nicht etwa die Verantwortlichen dieser Haftanstalt. Indem sie sich hätte tragen lassen, hätte Lecomte vorsätzlich in Kauf genommen, dass sich zwei Beamte in der Gewahrsamstelle an Hand und Finger verletzt hätten.

Nach einem Artikel mit dem Anschauungsmaterial aus der Braunschweiger Vorbeugehaftanstalt in der gedruckten Zeitung „Unser-Braunschweig“ Ende April kam dann die Erfolgsmeldung von Cécile: Die Staatsanwaltschaft Braunschweig stellte auf Staatskosten das Verfahren ein.

Das Problem staatlicher Willkür ist damit aber noch nicht gelöst: Der Paragraph zur Vorbeugehaft ist aus dem Niedersächsischen Polizeigesetz ganz zu streichen.



Wachsam gegenüber staatlicher Willkür: Hier anlässlich der vorbeugenden Inhaftierung der Robin Wood-Aktivistin Cécile Lecomte in der Braunschweiger Spezial-Sonderhaftanstalt am 9.11.2008 in der Friedrich-Voigtländer-Straße.



Genmais-Feld-Räumung durch die Stadt am 28. 4. 2009

**Zur Ratssitzung im Mai wurden seitens der BIBS-Fraktion folgende Fragen an den Oberbürgermeister gestellt:**

1. Die Fraktionen bzw. Ratsgremien wurden erst nach erfolgter städtischer Intervention am Genmaisfeld durch den Oberbürgermeister von der Absicht bzw. Erklärung der Zuständigkeit als Versammlungsbehörde informiert. Eine bürgerlich offene Kommunalverwaltung steht aber nicht nur auf dem einen Standbein der berufsmäßigen Ämter und Administrationen, sondern stützt sich entscheidend auf das zweiten Bein der gewählten Ratsgremien aus der Bürgerschaft.

**Sieht die Verwaltung sichergestellt, dass solche Alleingänge bei gesellschaftlichen Brennpunkt-Fragen wie Atom- und Gentechnik zukünftig unterbleiben?**

2. Weder ist das Gelände, welches einseitig durch die Amtsverfügung zum Versammlungsort deklariert wurde, städtisch, noch gab es dort eine öffentlich zugängliche Versammlung.

**Warum sah sich die Verwaltung verpflichtet, sich trotzdem in die Angelegenheit einzumischen?**

3. Wer ist Kostenträger des Einsatzes mit schwerem Gerät der städtischen Feuerwehr sowie des für den Einsatz herbeizitierten Personals von Stadt,

Feuerwehr und Polizei?

In einer Antwort vom 15. Juli 09 bestritt die Stadtverwaltung, sich ungefragt „eingemischt“ zu haben und pocht auf ihre Zuständigkeit als „Versammlungsbehörde“. Man habe "im Rahmen der Geschäfte der laufenden Verwaltung entschieden“.

Für die Kosten des aufwändigen Einsatzes von Polizei und Feuerwehr wolle man „im Wege der Ersatzvornahme zur Kostentragung“ die auf dem besetzten Gelände am 28. 4. 09 angetroffenen Personen heranziehen.

**Homepage der BIBS-Fraktion im Stadtrat: [www.bibs-fraktion.de](http://www.bibs-fraktion.de)**

## Bündnis für eine gentechnikfreie Region im Braunschweiger Land gegründet.

Bislang gibt es keine Bauern, die in Braunschweig oder im Braunschweiger Land gentechnisch veränderten Mais anbauen.

Dies soll nach dem Wunsch vieler Menschen auch so bleiben, und so haben die Initiative „Keine Gentechnik-Experimente in Braunschweig“,

die oekoscouts Braunschweig, die BUND Gruppen Braunschweig, Helmstedt, Wolfenbüttel und Salzgitter, der NABU Wolfenbüttel, die Kernbeisser VEG, Wild-Ess-Kraut und der Lindenhof Eilum ein „Bündnis für eine gentechnikfreie Region Braunschweiger Land“ gegründet.

Es wird eingeladen, die Erklärung dieses Bündnisses zu unterzeichnen und sich für das Ziel einer gentechnikfreien Landwirtschaft und Lebensmittelwirtschaft zu engagieren.

**Die Homepage des Bündnisses ist zu erreichen unter [www.region-bs-gentechnikfrei.de](http://www.region-bs-gentechnikfrei.de).**

## Freiheit! – Auch im Internet



*Jens-Wolfhard Schicke, 22, studiert Informatik an der Technischen Universität. Er ist Mitglied der Piratenpartei und engagiert sich dort besonders für die Bereiche Bildung und Datenschutz. Um diese Themen besser umsetzen zu können, kandidiert er zur Bundestagswahl am 27. 9. als Direktkandidat für den Bezirk Braunschweig.*

**BKA-Gesetz, Zensurverträge, Zensurgesetz: Das klingt alles beklemmend, irgendwie nach Iran oder China, jedenfalls nicht nach Freiheit und Demokratie. Was aber versteckt sich dahinter?** Gerade hatte man sich damit abgefunden, dass einige Anbieter wie Telekom oder Arcor freiwillig das Internet zensurieren. Dann wurden alle anderen per Gesetz gezwungen, die Zensurinfrastruktur ebenfalls vorzubereiten. Ziel soll es sein, Kinderpornos im Internet unzugänglich zu

machen. Dass das Gesetz für eine Dauer von drei Jahren verabschiedet wurde, zeigt allerdings die Zweifel, die viele Abgeordnete selbst an der Rechtmäßigkeit ihres Gesetzes und der Verträge haben. Aber anstatt die Zensurverträge mit den Anbietern zurück zu nehmen, wird das Gesetz solange angepasst, bis sich die gleichen Verträge auf einmal als legal darstellen.

Worum es in diesem Gesetz geht, soll noch einmal beschrieben werden. Das „Gesetz zur Erschwerung des Zugangs zu kinderpornografischen Inhalten in Kommunikationsnetzen“, so der offizielle Titel, sieht vor, dass das Bundeskriminalamt (BKA) eine Liste von verbotenen Webseiten führt. Auf diese Webseiten soll dann nicht mehr zugegriffen werden können, stattdessen erscheint ein Stopp-Schild.

Diese Zensurliste wird geheim geführt, die Bürger können also nicht kontrollieren, welche Webseiten tatsächlich gesperrt wurden. Niemand weiß, ob das BKA tatsächlich nur illegale Seiten sperrt, oder auch andere, zum Beispiel politisch unliebsame Seiten. Leider hat sich aber gerade das BKA in der Vergangenheit nicht unbedingt als Hort der Bürgerrechte erwiesen.

Tatsächlich hat sich auch bewahrheitet, wovon die Piratenpartei schon länger warnt: Wenn die Zensur erst einmal möglich ist, wollen auch andere mitzensurieren. Ganz vorne angestellt haben sich dabei die Rechteinhaber für

Musik und Filme. Was sie sich wünschen, ist klar: Die Möglichkeit, jederzeit jede Webseite zu sperren, um so das „illegale“ Herunterladen von Musik und Filmen zu verhindern. Von den Begehrlichkeiten der Privatwirtschaft in diese Richtung werden wir in Zukunft leider noch häufiger hören.

Das Internet darf kein bürgerrechtsfreier Raum sein. Dort, wo sich immer mehr Menschen tagtäglich informieren, hat Zensur keinen Platz. Das Zensurgesetz ist leider nicht das einzige Gesetz der letzten Zeit, das die Bürgerrechte im Internet einschränkt. Immer mehr Menschen fordern daher eine Abkehr von derartigen Überwachungsinstanzen hin zu mehr Freiheit – auch im Internet. Die mehr als 130.000 Bürger, die über den Petitionsausschusses des Bundestages gegen das Zensurgesetz protestiert haben, sind keine Kinderpornofreunde. Sie fordern lediglich Informationsfreiheit im Netz. So ist auch zu erklären, wie wir als Piratenpartei es geschafft haben, unsere Mitgliederzahl innerhalb weniger Wochen zu verdreifachen.

Die Piratenpartei trifft sich in Braunschweig regelmäßig, am 1., 3., und 5. Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im „Dialog“.

Wer sich dazugesellen möchte, ist natürlich immer herzlich willkommen.

*Jens-Wolfhard Schicke*

**Informationen zum Bündnis: <http://versammlung.diegedankensindfrei.org>**

